

## Niederschrift

### **über die 7. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am Mittwoch, dem 23.06.2010, 16:00 - 18:15 Uhr, im Ratssaal, Rathaus.**

Der Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

#### Nichtöffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

#### Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

- |     |  |                            |
|-----|--|----------------------------|
| 5.  | Mitteilungen zur Kenntnis<br><b>keine</b>  |                            |
| 6.  | Bericht über den Jahresabschluss 2009 der GEWOBAU Erlangen   | I/001/2010<br>Gutachten    |
| 7.  | Gebührensatzung für die städtische Fachschule für Techniker<br><b>Geänderte Vorlage</b>                                  | 40/025/2010/1<br>Gutachten |
| 8.  | Konzept zur IT-Betreuung an städtischen und staatlichen Schulen<br>(Projekt Schulen.Erlangen@IT)                         | eGov/002/2010<br>Gutachten |
| 9.  | Personalbericht 2009   | 11/010/2010<br>Beschluss   |
| 10. | Inhaltliche Abstimmung der Arbeitsprogramme des Personal- und Organisationsamtes ab dem Jahr 2011                        | 11/014/2010<br>Beschluss   |
| 11. | Inhaltliche Abstimmung des Arbeitsprogramms für das eGovernment-Center   | eGov/005/2010<br>Beschluss |
| 12. | Haushaltskonsolidierung 2011;<br>Bearbeitung des FDP Fraktionsantrages Nr. 36/2010<br><b>Tischauflage</b>                | 112/013/2010<br>Gutachten  |
| 13. | Haushaltskonsolidierung 2011;<br>Mittelbereitstellung für die Beauftragung einer Beratungsfirma<br><b>Tischauflage</b>   | 112/014/2010<br>Gutachten  |
| 14. | Mittelbereitstellung für IP Nr. 111.350 - Büroeinrichtung, Maschinen im Rahmen der Generalsanierung "Palais Stutterheim" | 243/002/2010<br>Beschluss  |
| 15. | Mittelbereitstellung für IvP-Nr. 217B.401A, Sanierung Christian-Ernst-Gymnasium  | 242/043/2010<br>Gutachten  |

- |       |  |                          |
|-------|--|--------------------------|
| 15.1. | Mittelbereitstellung für Beratung "steuerlicher Querverbund"<br><b>Tischauflage</b>  | II/049/2010<br>Beschluss |
| 16.   | Weiterentwicklung der Arbeitsprogramme;<br>hier: Stadtkämmerei (Amt 20)  | II/044/2010<br>Beschluss |
| 17.   | Zukünftige Entwicklung des Medical Valley Europäische<br>Metropolregion Nürnberg   | II/045/2010<br>Beschluss |
| 18.   | Entwicklung der Arbeitsplatzsituation der Siemens AG am Standort<br>Erlangen; SPD-Fraktionsantrag Nr. 011/2010 vom 02.02.2010  | II/046/2010<br>Beschluss |
| 19.   | Antrag auf Förderung der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten<br>beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und<br>Reaktorsicherheit<br><b>Der TOP wird abgesetzt.</b> | 31/034/2010<br>Gutachten |
| 20.   | Anfragen   |                          |

## Beschlussvorlage

I/GEWOBAU-ZGC-2970

I/001/2010

**TOP: 6**

### Bericht über den Jahresabschluss 2009 der GEWOBAU Erlangen

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

#### I. Antrag

Der Bericht über den Jahresabschluss 2009 der GEWOBAU Erlangen wird zur Kenntnis genommen.

Die Vertretung der Stadt Erlangen wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der GEWOBAU Erlangen den folgenden Beschlüssen zuzustimmen:

1. Die Gesellschafterversammlung stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2009, der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gem. § 322 HGB des Prüfers versehen ist, fest.
2. Die Gesellschafterversammlung folgt dem vom Aufsichtsrat gebilligten Vorschlag der Geschäftsführung und beschließt:
  - a. Auf Zahlung einer Dividende wird für 2009 verzichtet.
  - b. Der Jahresüberschuss von € 2.278.242,46 wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.
3. Dem Aufsichtsrat wird für das Jahr 2009 Entlastung erteilt.
4. Die Gesellschafterversammlung wählt auf Empfehlung des Aufsichtsrates die pb Revision GmbH & Co. KG als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 einschließlich der Prüfung nach § 53 HGrG.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die vom Vertreter der Stadt Erlangen in der Gesellschafterversammlung abzugebenden Stimmen bedürfen nach der Bayerischen Gemeindeordnung bzw. der Geschäftsordnung des Stadtrats der Zustimmung des Stadtrats bzw. des zuständigen Ausschusses

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

**Anlagen:** Geschäftsbericht 2009

### III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

Der Bericht über den Jahresabschluss 2009 der GEWOBAU Erlangen wird zur Kenntnis genommen.

Die Vertretung der Stadt Erlangen wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der GEWOBAU Erlangen den folgenden Beschlüssen zuzustimmen:

1. Die Gesellschafterversammlung stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2009, der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gem. § 322 HGB des Prüfers versehen ist, fest.
2. Die Gesellschafterversammlung folgt dem vom Aufsichtsrat gebilligten Vorschlag der Geschäftsführung und beschließt:
  - a. Auf Zahlung einer Dividende wird für 2009 verzichtet.
  - b. Der Jahresüberschuss von € 2.278.242,46 wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.
3. Dem Aufsichtsrat wird für das Jahr 2009 Entlastung erteilt.
4. Die Gesellschafterversammlung wählt auf Empfehlung des Aufsichtsrates die pb Revision GmbH & Co. KG als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 einschließlich der Prüfung nach § 53 HGrG.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Lohwasser

Vorsitzende/r

gez. Lohwasser

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Ref. III /30 und Ref. I/ 40

40/025/2010/1

**TOP: 7**

### Gebührensatzung für die städtische Fachschule für Techniker

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Gutachten	mehrheitlich angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 20, Fachschule für Techniker

#### I. Antrag

Die Gebührensatzung für die städtische Fachschule für Techniker wird gemäß dem Entwurf vom 25.05.2010 (Anlage 1 mit Änderungen vom 14.06.2010) begutachtet bzw. beschlossen.

Die Änderung der Satzung für die städtische Fachschule für Techniker wird gemäß dem Entwurf vom 15.06.2010 (Anlage2) begutachtet bzw. beschlossen..

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Einführung der Erhebung von Gebühren für die Teilnehmer am Unterricht der städtischen Fachschule für Techniker wird der Vorschlag Nr. 88 aus dem Bereich 40.4 der Kommunalen Stelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) umgesetzt. Der Zuschussbedarf für die städtische Einrichtung wird damit verringert.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Aufgrund der Gebührensatzung werden ab dem Schuljahr 2010/2011 Gebühren erhoben. Für Unterrichtsteilnehmer, die die Schule bereits im Schuljahr 2009/2010 besucht haben, wird im Rahmen einer Übergangsregelung kein Schulgeld erhoben.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Jahresgebühren werden jeweils zum 15. November fällig und mittels Gebührenbescheiden erhoben. Weitere Einzelfälle sind in der Satzung (Anlage 1) geregelt.

#### 4. Ressourcen

.....- entfällt -

Anlagen:

1 Entwurf der Gebührensatzung vom 25.05.2010 mit Änderungen vom 14.6.2010.

1 Entwurf der Satzung für die städtische Fachschule für Techniker vom 15.06.2010.

### III. Abstimmung

#### Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

Die Gebührensatzung für die städtische Fachschule für Techniker wird gemäß dem Entwurf vom 25.05.2010 (Anlage 1 mit Änderungen vom 14.06.2010) begutachtet bzw. beschlossen.

Die Änderung der Satzung für die städtische Fachschule für Techniker wird gemäß dem Entwurf vom 15.06.2010 (Anlage2) begutachtet bzw. beschlossen..

mit 8 gegen 5 Stimmen

gez. Lohwasser

Vorsitzende/r

gez. Lohwasser

Berichterstatter/in

### IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

OBM/ZV/eGov/GAB-1253

eGov/002/2010

**TOP: 8**

### **Konzept zur IT-Betreuung an städtischen und staatlichen Schulen (Projekt Schulen.Erlangen@IT)**

<b>Beratung</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>	<b>Vorlagenart</b>	<b>Abstimmung</b>
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Gutachten	mehrheitlich angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 40, Ref. II, Amt 20

#### **I. Antrag**

Die vom ehemaligen Amt 12 (jetzt KommunalBIT), Vertretern der Erlanger Schulen und mit externer Unterstützung erarbeiteten Konzepte zur IT-Betreuung an städtischen und staatlichen Schulen werden grundsätzlich befürwortet.

Die Umsetzung des Konzepts soll entsprechend dem unter Ziff. 4 Ressourcen aufgezeigten Zeitplan in Verbindung mit den dafür erforderlichen Mitteln, vorbehaltlich der Bereitstellung der benötigten Mittel durch den Stadtrat, erfolgen.

Auf den Beschluss des Stadtrats vom 31.07.2008, in dem das Gesamtkonzept für die IT-Betreuung der städtischen Schulen einstimmig entschieden wurde und den Beschluss des HFPA vom 10.02.2010, in dem Haushaltsmittel für die Umsetzung des städtischen und staatlichen Schulkonzepts in Höhe von 675.000 € für 2010 beschlossen wurden, wird verwiesen.

#### **II. Begründung**

##### **1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Schulen haben den Auftrag den Schülern neben Lesen, Schreiben und Rechnen die Nutzung von IT und der neuen Medien als vierte Grundfertigkeit zu vermitteln. Darüber hinaus müssen auch spezifische IT-Kenntnisse für die weitere Ausbildung und zur Vorbereitung auf das Berufsleben vermittelt werden. Die Stadt Erlangen muss als der zuständige Sachaufwandsträger die Schulen bei dieser pädagogischen Aufgabe angemessen unterstützen und auch die Verwaltung der Schulen entsprechend ausstatten.

Zur dauerhaften Verbesserung des operativen IT-Betriebs in den Schulen soll nachhaltig eine dem obigem Ziel adäquate IT-Ausstattung bereitgestellt werden und die dafür notwendige

Finanzierung sichergestellt werden, so dass für den Sachaufwandsträger und die Empfänger sicher planbare und „beherrschbare“ Bedingungen erreicht werden.

Im Rahmen des bei der Stadt Erlangen festgelegten Schwerpunktthemas „Stadt der Bildung“ bis 2014 stellt die Ausstattung der städtischen und staatlichen Schulen einen wichtigen Baustein dar.

## **2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Zusammen mit allen Beteiligten sollen die wesentlichen Ergebnisse des Konzeptes zur IT-Betreuung an den staatlichen Schulen stringent umgesetzt werden. Dazu gehören als wesentliche Kostenfaktoren die Verbesserung der Personalsituation an den staatlichen Schulen, die nachhaltige Erneuerung der Hardware-Ausstattung, die Lizenzierung von Software sowie eine breitbandige Netzanbindung der Schulen. Dies bedeutet insbesondere

1. Zentralisierung des IT-Supports bei KommunalBIT erleichtert die Bereitstellung erforderlicher Personalressourcen für die technische Betreuung, ermöglicht Synergieeffekte, entlastet die schulischen SystembetreuerInnen und ermöglicht die Konzentration auf pädagogische Aufgaben.

2. Durch ausreichende Ressourcenbereitstellung (siehe unten: Ressourcen) wird ein moderner, effektiver und effizienter IT-Betrieb für die städtischen Schulen gewährleistet.

3. Durch den gezielten Einsatz von Open Source, WLAN Access Points und Thin Clients lassen sich die laufenden Kosten reduzieren.

4. Den Investitionen und den laufenden Aufwendungen für Sachmittel, Personal und Qualifizierung stehen keine direkten Einsparungen oder gar neue Einnahmequellen zur Gegenfinanzierung gegenüber. Diese Investitionen werden sich erst durch die neue Qualifikation von heutigen Schülern im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien und damit eingehender Medienkompetenz mittel- bis langfristig auswirken und dies nicht zuletzt auch durch die Attraktivität der Schulen in Erlangen für die Wahl der Ausbildungsstelle.

Das ausführliche Konzept wurde den Fraktionen bereits 2009 zur Verfügung gestellt und im Vorfeld dieser Vorlage nochmals per Mail zugeleitet.

## **3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Synergien und Skaleneffekte sollen durch Zentralisierung der Aufgabenerledigung und angemessene Standardisierung der „IT-Einrichtung“ genutzt werden. Eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung ist bereitzustellen, damit der Investitionsstau aufgelöst wird und Erneuerungszyklen später sicher sind, sowie ausreichend Personal für die Betreuung zur Verfügung gestellt werden kann. Die notwendigen Maßnahmen sollen auf der Zeitscheine aufgeteilt und priorisiert werden, damit das Ziel bis zum Ende des Mottos „Stadt der Bildung“ vor 2014 erreicht werden kann, ohne den Sachaufwandsträger zu überlasten.

## **4. Ressourcen**

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Der Finanzbedarf ist zur besseren Vergleichbarkeit mit der Vergangenheit getrennt für städtische und staatliche Schulen nach dem alten Schema zur Verwendung für Investitionen (früher "Vermögenshaushalt", z. B. Hardware, Software und Infrastrukturmaßnahmen), laufende Kosten (früher "Verwaltungshaushalt", z. B. Wartung und Leitungsmieten) und Personal aufgeteilt. KommunalBIT tätigt die Investitionen und verrechnet der Stadt die Kosten der Nutzung dieser Vermögenswerte über den Abschreibungszeitraum.

Mit den veranschlagten Mitteln wird der derzeit teilweise schlechte Zustand der IT in den Schulen auf eine solide Basis gestellt. Eine wesentliche Mehrung oder Aufwendungen für neue Projekte bis 2014 sind dabei nicht berücksichtigt.

<b>Überarbeitetes Konzept für die städtischen und staatlichen Schulen</b>						
		<b>Projektzeitraum</b>				
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>städtische Schulen</b>						
Personal	Anzahl Fachkräfte	2	2	2	2	2
	Anzahl Auszubildende	1	1	1	1	1
	<b>gesamte Personalkosten</b>	<b>167.420 €</b>	<b>167.420 €</b>	<b>167.420 €</b>	<b>167.420 €</b>	<b>167.420 €</b>
laufende Kosten	Realisierungsgrad Leitungen	100%	100%	100%	100%	100%
	Leitungsmiete	29.750 €	29.750 €	29.750 €	29.750 €	29.750 €
	Wartungskosten	7.687 €	7.687 €	7.687 €	7.687 €	7.687 €
	<b>gesamte laufende Kosten</b>	<b>37.437 €</b>	<b>37.437 €</b>	<b>37.437 €</b>	<b>37.437 €</b>	<b>37.437 €</b>
Investitionen	Realisierungsgrad Hardware	60%	75%	90%	100%	100%
	mit Abschreibung auf 5 Jahre	242.009 €	302.512 €	363.014 €	403.349 €	403.349 €
	jährl. Abschreibung (5 J.)	48.402 €	60.502 €	72.603 €	80.670 €	80.670 €
	mit Abschreibung auf 7,5 Jahre	62.105 €	77.631 €	93.158 €	103.509 €	103.509 €
	jährl. Abschreibung (7,5 J.)	8.281 €	10.351 €	12.421 €	13.801 €	13.801 €
	<b>gesamte investierte Summe</b>	<b>304.115 €</b>	<b>380.143 €</b>	<b>456.172 €</b>	<b>506.858 €</b>	<b>506.858 €</b>
	gesamte jährl. Abschreibung	56.683 €	70.853 €	85.024 €	94.471 €	94.471 €
	Zinsen	13.685 €	17.106 €	20.528 €	22.809 €	22.809 €
	<b>jährl. Investitionskosten</b>	<b>70.368 €</b>	<b>87.960 €</b>	<b>105.552 €</b>	<b>117.280 €</b>	<b>117.280 €</b>
<b>Gesamtkosten für städtische Schulen</b>		<b>275.225 €</b>	<b>292.817 €</b>	<b>310.409 €</b>	<b>322.137 €</b>	<b>322.137 €</b>
		<b>Projektzeitraum</b>				
		<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>staatliche Schulen</b>						
Personal	Anzahl Fachkräfte	2	3,5	4,5	4	4
	Anzahl Auszubildende	1,3	3	3	3	3
	<b>gesamte Personalkosten</b>	<b>172.640 €</b>	<b>314.736 €</b>	<b>389.746 €</b>	<b>352.241 €</b>	<b>352.241 €</b>
laufende Kosten	Realisierungsgrad Leitungen	10%	40%	60%	80%	100%
	Leitungsmiete	22.961 €	91.846 €	137.768 €	183.691 €	229.614 €
	Wartungskosten	36.414 €	36.414 €	36.414 €	36.414 €	36.414 €
	<b>gesamte laufende Kosten</b>	<b>59.375 €</b>	<b>128.260 €</b>	<b>174.182 €</b>	<b>220.105 €</b>	<b>266.028 €</b>

Investitionen	Realisierungsgrad Hardware	30%	40%	60%	80%	100%
	mit Abschreibung auf 5 Jahre	303.272 €	404.362 €	606.543 €	808.724 €	1.010.905 €
	jährl. Abschreibung (5 J.)	60.654 €	80.872 €	121.309 €	161.745 €	202.181 €
	mit Abschreibung auf 7,5 Jahre	95.087 €	126.783 €	190.174 €	253.565 €	316.957 €
	jährl. Abschreibung (7,5 J.)	12.678 €	16.904 €	25.357 €	33.809 €	42.261 €
	<b>gesamte investierte Summe</b>	<b>398.358 €</b>	<b>531.145 €</b>	<b>796.717 €</b>	<b>1.062.289 €</b>	<b>1.327.862 €</b>
	gesamte jährl. Abschreibung	73.333 €	97.777 €	146.665 €	195.553 €	244.442 €
	Zinsen	17.926 €	23.902 €	35.852 €	47.803 €	59.754 €
	<b>jährl. Investitionskosten</b>	<b>91.259 €</b>	<b>121.678 €</b>	<b>182.517 €</b>	<b>243.357 €</b>	<b>304.196 €</b>
<b>Gesamtkosten für staatliche Schulen</b>		<b>323.275 €</b>	<b>564.674 €</b>	<b>746.446 €</b>	<b>815.703 €</b>	<b>922.465 €</b>
<b>alle Schulen</b>						
Personal	Personalkosten	340.060 €	482.156 €	557.166 €	519.661 €	519.661 €
laufende Kosten	laufende Kosten	96.813 €	165.697 €	211.620 €	257.543 €	303.465 €
Investitionen	jährl. Investitionskosten	161.626 €	209.638 €	288.069 €	360.636 €	421.475 €
Leitung/Steuerung	Personalkosten	75.010 €	75.010 €	75.010 €	75.010 €	75.010 €
<b>Gesamtkosten</b>		<b>673.510 €</b>	<b>932.501 €</b>	<b>1.131.865 €</b>	<b>1.212.850 €</b>	<b>1.319.612 €</b>
<b>im städt. Haushalt bereitzustellende Summen</b>		<b>675.000 €</b>	<b>930.000 €</b>	<b>1.130.000 €</b>	<b>1.215.000 €</b>	<b>1.320.000 €</b>
Investitionen	gesamte investierte Summe	702.473 €	911.288 €	1.252.889 €	1.569.147 €	1.834.719 €
Verhältnis investierte Summe / Investitionskosten		4,35	4,35	4,35	4,35	4,35

Die mit Beschluss des Stadtrates vom 31.07.2008 dargestellten Ressourcen sind in dieser Gesamtkalkulation bereits enthalten.

Haushaltsmittel für 2010 sind im Budget von eGov in der erforderlichen Höhe vorhanden!

Zur Umsetzung des Konzepts werden in den Jahren 2011 bis 2014 jeweils die in der Zeile „im städtischen Haushalt bereitzustellende Summen“ genannten Beträge zu den Haushaltsberatungen angemeldet.

**Anlagen:** Protokollvermerk Schula vom 11.03.2010

### III. Abstimmung

#### Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

Die vom ehemaligen Amt 12 (jetzt KommunalBIT), Vertretern der Erlanger Schulen und mit externer Unterstützung erarbeiteten Konzepte zur IT-Betreuung an städtischen und staatlichen Schulen werden grundsätzlich befürwortet.

Die Umsetzung des Konzepts soll entsprechend dem unter Ziff. 4 Ressourcen aufgezeigten Zeitplan in Verbindung mit den dafür erforderlichen Mitteln, vorbehaltlich der Bereitstellung der benötigten Mittel durch den Stadtrat, erfolgen.

Auf den Beschluss des Stadtrats vom 31.07.2008, in dem das Gesamtkonzept für die IT-Betreuung der städtischen Schulen einstimmig entschieden wurde und den Beschluss des HFPA vom 10.02.2010, in dem Haushaltsmittel für die Umsetzung des städtischen und staatlichen Schulkonzepts in Höhe von 675.000 € für 2010 beschlossen wurden, wird verwiesen.

mit 12 gegen 1 Stimmen

gez. Lohwasser

Vorsitzende/r

gez. Ternes

Berichterstatter/in

### IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

OBM/ZV/11/MGA

11/010/2010

**TOP: 9**

### Personalbericht 2009

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 20, Amt 30-S, IZ-Stabsstelle, GSt

#### I. Antrag

Der Personalbericht wird nach Aussprache zur Kenntnis genommen.

#### II. Begründung

Gem. Beschluss des HFGA vom 10.02.2010 werden die Personalberichte künftig aus Kostengründen elektronisch bereitgestellt. Gem. Protokollvermerk in gleicher Sitzung werden 10 Exemplare gedruckt und an die Fraktionen weitergegeben.

Der Bericht für das Jahr 2009 wird plangemäß in der 1. Maiwoche 2010 verteilt,

Bei zusätzlichem Bedarf kann der Personalbericht als PDF-Datei oder als CD beim Personal- und Organisationsamt, Abteilung Personalabrechnung, per E-Mail an, stefan.puels@stadt.erlangen.de oder unter Tel. 09131-86 2202 angefordert werden.

#### III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

##### Beschluss:

Der Personalbericht wird nach Aussprache zur Kenntnis genommen.

##### Protokollvermerk:

Frau StRin Pfister schlägt vor, die Umsetzung des Gleichstellungskonzeptes und des Integrationsleitbildes in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Lohwasser

Vorsitzende/r

gez. Ternes

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

OBM/ZV/11/MGA

11/014/2010

**TOP: 10**

### **Inhaltliche Abstimmung der Arbeitsprogramme des Personal- und Organisationsamtes ab dem Jahr 2011**

<b>Beratung</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>	<b>Vorlagenart</b>	<b>Abstimmung</b>
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Beschluss	angenommen mit Änderungen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

#### **I. Antrag**

**Variante 1:** Die inhaltliche Struktur des im Entwurf vorgelegten Arbeitsprogramms des Personal- und Organisationsamtes soll künftig verwendet werden (siehe Anlage).

**Variante 2:** Das Arbeitsprogramm des Personal- und Organisationsamtes soll abweichend von beigefügtem Entwurf zusätzliche Informationen enthalten. Diese werden im Protokollvermerk zur heutigen Sitzung aufgelistet.

#### **II. Begründung**

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2011 werden neue Vorlagen für die Arbeitsprogramme der Ämter verwendet.

Die Ämter wurden aufgefordert, die inhaltlichen Anforderungen mit ihren jeweiligen Fachausschüssen zu erörtern.

In der beigefügten Anlage wird ein Entwurf des Arbeitsprogramms 2011 für das Personal- und Organisationsamt vorgelegt.

**Anlagen: Entwurf Arbeitsprogramm des Personal- und Organisationsamtes**

### III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

#### **Beschluss:**

**Variante 2:** Das Arbeitsprogramm des Personal- und Organisationsamtes soll abweichend von beigefügtem Entwurf zusätzliche Informationen enthalten. Diese werden im Protokollvermerk zur heutigen Sitzung aufgelistet.

#### **Protokollvermerk:**

Es wird um zusätzliche Informationen zu den Arbeitsschwerpunkten 1, 2 und 7 gebeten.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Ternes

Berichterstatter/in

### IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

OBM/ZV/eGov

eGov/005/2010

**TOP: 11**

### Inhaltliche Abstimmung des Arbeitsprogramms für das eGovernment-Center

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Beschluss	angenommen mit Änderungen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

#### I. Antrag

Dem beiliegenden Entwurf des eGovernment-Centers zur Ausgestaltung des neuen Formulars „Arbeitsprogramm 2011“ wird zugestimmt.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Konkretisierung der Aufgabenstellung, der Arbeitsplanung und der Zielvorstellungen des eGovernment-Centers für das jeweilige Haushaltsplanaufstellungsverfahren.

Informationen für den Stadtrat und seine Ausschüsse zu Detailfragen, die im (doppischen) Haushalt nicht darstellbar sind.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Individuelle Abstimmung des Arbeitsprogramms hinsichtlich des erwarteten Informationsbedarfs mit dem Haupt-/Finanz- und Personalausschuss.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

**Anlagen:** Entwurf des neuen Formulars „Arbeitsprogramm 2011“  
des eGovernment-Centers

### III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

#### **Beschluss:**

Das Arbeitsprogramm des eGovernment-Center soll abweichend von beigefügtem Entwurf zusätzliche Informationen enthalten. Diese werden im Protokollvermerk zur heutigen Sitzung aufgelistet.

#### **Protokollvermerk:**

Es wird um nähere Informationen zu:

- KommunalBit, insbesondere Beschreibung der Zielerreichung
- langfristige strategische Ziele, Konkretisierung der Zusammenarbeit mit den anderen Ämtern
- Zielbeitrag Demografische Entwicklung

gebeten.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Ternes

Berichterstatter/in

### IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

OBM/ZV/112

112/013/2010

**TOP: 12**

### **Haushaltskonsolidierung 2011; Bearbeitung des FDP Fraktionsantrages Nr. 36/2010**

<b>Beratung</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>	<b>Vorlagenart</b>	<b>Abstimmung</b>
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Gutachten	verwiesen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Ref. II, Amt 14 (hinsichtlich Vergabeverfahren), Personalvertretung

#### **I. Antrag**

Für den Haushalt 2011 werden folgende Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen beschlossen:

1. Im Stellenplanverfahren 2011 werden in die Liste A mit Ausnahme der personellen Ausstattung für neue Kindertageseinrichtungen keine Stellenneuschaffungen aufgenommen.
2. Der OBM wird ermächtigt, ein externes Beratungsunternehmen mit der Erarbeitung von Vorschlägen zu Standardabsenkungen bei Pflichtaufgaben sowie Überprüfung von Prozessen und Strukturen (Aufbau- und Ablauforganisation, Geschäftsprozessoptimierung, Verdichtung von Aufgaben) auf Einsparpotenziale zu beauftragen und hierfür, im Rahmen der bereitgestellten Haushaltsmittel den Zuschlag zu erteilen.
3. Der FDP-Fraktionsantrag Nr. 036/2010 vom 24.03.10 ist damit hinsichtlich der Ziffern 1 und 2 bearbeitet.

#### **II. Begründung**

##### **1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Haushaltskonsolidierung

##### **2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

siehe Antrag unter Ziffer 2.

### 3. Prozesse und Strukturen

Aufgrund des knappen Zeitplans (Bereitstellung der Ergebnisse der Untersuchung zu den Haushaltsberatungen 2011) schlägt die Verwaltung eine rasche Umsetzung vor. Der Zeitplan sieht vor:

Versand der Angebotsaufforderung	30.06.2010
Beraterauswahl (mit Fraktionen)	9.08. – 13.08.2010
Zuschlag durch OBM	24.08.2010
Untersuchung	13.09. – 05.11.2010
Ergebnis im HFPA	24.11.2010
Ergebnis im Stadtrat	25.11.2010

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

#### **Haushaltsmittel**

siehe Mittelbereitstellung Nr. 112/014/2010

### III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

#### **Protokollvermerk:**

Die Angelegenheit wird ohne Begutachtung an den Stadtrat verwiesen.

gez. Lohwasser

Vorsitzende/r

gez. Ternes

Berichterstatter/in

### IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

OBM/ZV/112

112/014/2010

**TOP: 13**

### Haushaltskonsolidierung 2011; Mittelbereitstellung für die Beauftragung einer Beratungsfirma

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Gutachten	verwiesen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Die Zustimmung zu Mittelbereitstellung wird erteilt

21.6.2010 gez. Beugel....  
Unterschrift Referat II

### I. Antrag

Vorbehaltlich des Beschlusses des Stadtrates zur Beauftragung eines externen Beratungsunternehmens im Rahmen der Haushaltskonsolidierung werden nachfolgende über-/außerplanmäßige Mittel bereitgestellt:

Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

	Kostenstelle 112090	Produkt 111 (Verwaltungssteuerung und Service)	<b>175.000,00 €</b> für Sachkonto 543222 (Aufwand f. sonst. Beratungsleistung)
--	---------------------	---	--

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme

	Kostenstelle 201090	in Höhe von Produkt 61211020 (sonst. Allg. Finanzwirtschaft)	<b>50.000,00 €</b> bei Sachkonto 551701 (Zinsaufwand)
IP-Nr. 261.404 (Markgrafentheater Generalsanierung) ; Erläuterung siehe <b>Hinweis</b>	Kostenstelle 240090	und in Höhe von Produkt [261 Theater)	<b>125.000,00 €</b> bei Sachkonto 034202

**Hinweis:** Die „Einsparung“ IP-Nr. 261.404 bezieht sich ausschließlich auf das Haushaltsjahr 2010. Die zur Deckung angebotenen 125.000 € müssen aus heutiger Sicht im Jahr 2011 bei der Generalsanierung Theater wieder zur Verfügung gestellt werden. Im Haushaltsjahr 2011 kann jedoch der im aktuellen Investitionsprogramm bei IP-Nr. 252.402

Umbaumaßnahmen Med. Archiv, MuWi veranschlagte Ansatz gekürzt werden, so dass faktisch aus letztgenannter Maßnahme die Deckung bereitgestellt wird.

## II. Begründung

### 1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz) €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von €

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von €

Summe der bereits vorhandenen Mittel €

Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) **175.000 €**

Die Mittel werden benötigt  auf Dauer  
 einmalig von            bis

### Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

### 2. Begründung:

Siehe Beschlussvorlage Nr. 112/013/2010 zur Haushaltskonsolidierung 2011

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

**Protokollvermerk:**

Die Angelegenheit wird ohne Begutachtung an den Stadtrat verwiesen.

gez. Lohwasser  
Vorsitzende/r

gez. Beugel  
Berichtersteller/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

VI/243-1/WBE

243/002/2010

**TOP: 14**

### Mittelbereitstellung für IP Nr. 111.350 - Büroeinrichtung, Maschinen im Rahmen der Generalsanierung "Palais Stutterheim"

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

#### Beteiligte Dienststellen (intern)

#### Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 41, Zustimmung am 31.05.2010 erteilt

Amt 42; Zustimmung am 31.05.2010 erteilt

Die Zustimmung zu Mittelbereitstellung wird erteilt!

gez. Beugel, 01.06.2010

Unterschrift Referat II

## I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:  
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

Einrichtung, Maschinen IP-Nr. 111.350	Kostenstelle [240090	Produkt 1115 -Service-Einrichtung für Verwaltung	<b>59.008,91 €</b> für Sachkonto [
--	----------------------	--	---------------------------------------

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme

Einrichtungsgegenstände (Bild. Kunst) Galerie IP-Nr. [281.351	Kostenstelle [410090	in Höhe von Produkt [2811 -Sonstige Kulturpflege	<b>28.008,91 €</b> bei Sachkonto [
Einrichtungsgegenstände (Bücherei) IP-Nr. [272.351	Kostenstelle 420090	und in Höhe von Produkt [2721 - Büchereien	<b>31.000.-- €</b> bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	<b>€</b> bei Sachkonto [

## II. Begründung

### 1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz) 82.000,-- €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von 16.108,05 €

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von -, - €

Summe der bereits vorhandenen Mittel 98.108,05 €

Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) **157.116,96€**

Die Mittel werden benötigt  auf Dauer  
 einmalig von            bis

### Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis -, - €

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

### 2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ausstattung des Kunstpalais und der Stadtbibliothek mit Büromobiliar im Verwaltungsbereich.

### 3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Einkauf von Büromobiliar.

### 4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Beschaffung von Büromobiliar erfolgt mittels Rahmenvertrag durch den Zentraleinkauf der Abteilung 243.

Die Finanzmittel sind der Höhe nach in den Investitionsbudgets der Ämter 41 und 42 vorhanden. Sie sind zur Finanzierung der Beschaffung entsprechend der Budgetierungsregeln auf die entsprechende Investitionsplannummer der Abteilung 243 (IP 111.350) zu transferieren.

**Anlagen:**

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:  
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

Einrichtung, Maschinen IP-Nr. 111.350	Kostenstelle [240090	Produkt 1115 -Service-Einrichtung für Verwaltung	<b>59.008,91 €</b> für Sachkonto [
--	----------------------	--	---------------------------------------

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme

Einrichtungsgegenstände (Bild. Kunst) Galerie IP-Nr. [281.351	Kostenstelle [410090	in Höhe von Produkt [2811 -Sonstige Kulturpflege	<b>28.008,91 €</b> bei Sachkonto [
Einrichtungsgegenstände (Bücherei) IP-Nr. [272.351	Kostenstelle 420090	und in Höhe von Produkt [2721 - Büchereien	<b>31.000.-- €</b> bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	<b>€</b> bei Sachkonto [

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Beugel

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

VI/24/242-3/GUD-1694

242/043/2010

TOP: 15

### Mittelbereitstellung für IvP-Nr. 217B.401A, Sanierung Christian-Ernst-Gymnasium

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Die Zustimmung zu Mittelbereitstellung wird erteilt!

gez. Beugel, 02.06.2010

Unterschrift Referat II

Stellungnahme Kämmerei: Die Kämmerei kann zwar die haushaltsrechtliche Zulässigkeit der Deckung prüfen, die Dringlichkeit und Unabweisbarkeit der MNB mangels bautechnischem Sachverstand jedoch nicht. Da die Maßnahmeerweiterung erhebliche zusätzliche Mittel in den Jahren 2011 und 2012 erfordert, werden vorgesehene Maßnahmen des Schulsanierungsprogramms zeitlich gestreckt werden müssen.

Nach Auskunft des Gebäudemanagements handelt es sich bei dem Deckungsvorschlag um „echte Einsparungen“ (keine Verschiebungen), somit kann der Mittelbereitstellung zugestimmt werden.

### I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:  
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

IP-Nr. 217B.401A	Kostenstelle [921431	Produkt 2171	<b>497.000,- €</b> für Sachkonto [
------------------	----------------------	--------------	------------------------------------

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme

IP-Nr. [251A.403 Umbau Stadtarchiv	Kostenstelle [920651	in Höhe von Produkt [2512	<b>300.000,- €</b> bei Sachkonto [
IP-Nr. [252.402 Siemens Med. Archiv	Kostenstelle 920651	und in Höhe von Produkt [2523	<b>197.000,- €</b> bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	<b>€</b> bei Sachkonto [

## II. Begründung

### 1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung	0 €
Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)	1.973.000 €
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	1.399.342 €
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	0 €
 Summe der bereits vorhandenen Mittel	 3.372.342 €
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	<b>3.869.324 €</b>

Die Mittel werden benötigt  auf Dauer  
 einmalig von            bis 2010

### Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung            €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis            €

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

### 2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Aufrechterhaltung des laufenden Schulbetriebs sowie Bewerkstelligung einer uneingeschränkten Nutzbarkeit des CEG's.

### 3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Auf den Beschluss in der heutigen BWA-Sitzung zur Erweiterung des Sanierungsumfangs am CEG wird verwiesen. Nicht im Vorfeld ersichtliche Mängel am Bauwerksbestand im Bereich Tragsicherheit, Brandschutz sowie Denkmalschutzaufgaben machen zusätzliche bauliche Maßnahmen notwendig, die Mehrkosten verursachen. Für das laufende Haushaltsjahr 2010 wird ein Betrag in Höhe von 497.000,- € notwendig.

### 4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

**Anlagen:**

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

**Beschluss:**

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:  
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

IP-Nr. 217B.401A	Kostenstelle [921431	Produkt 2171	<b>497.000,- €</b> für Sachkonto [
------------------	----------------------	--------------	---------------------------------------

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme

IP-Nr. [251A.403 Umbau Stadtarchiv	Kostenstelle [920651	in Höhe von Produkt [2512	<b>300.000,- €</b> bei Sachkonto [
IP-Nr. [252.402 Siemens Med. Archiv	Kostenstelle 920651	und in Höhe von Produkt [2523	<b>197.000,- €</b> bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	<b>€</b> bei Sachkonto [

**Protokollvermerk:**

Herr StR Janik bittet den Stadtrat darüber zu informieren, bei welchen Projekten noch Einsparungen aufgrund der Senkung des Stahlpreises zu erwarten sind.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Beugel

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

Referat II

II/049/2010

TOP: 15.1

### Mittelbereitstellung für Beratung "steuerlicher Querverbund"

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Die Zustimmung zur Mittelbereitstellung wird erteilt

i.V. gez. Knitl.

Unterschrift Referat II

### I. Antrag

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:  
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

IP-Nr. -/-	Kostenstelle [200090]	Produkt 1113 Finanzmanagement	<b>25.000,-- €</b> für Sachkonto [543222 Aufwand f. sonst. Beratungsleistung)
------------	-----------------------	----------------------------------	--

Die Deckung erfolgt durch Einsparung

IP-Nr. [	Kostenstelle [201090]	in Höhe von Produkt [61211020 sonst. allgem. Finanzwirtschaft)	<b>25.000,-- €</b> bei Sachkonto [551701 Zinsaufwand)
IP-Nr. [	Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

## II. Begründung

### 1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz) €

Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von €

Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von €

Summe der bereits vorhandenen Mittel €

Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung) **25.000,-** €

Die Mittel werden benötigt  auf Dauer  
 einmalig von                    bis

### Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

### 2. Begründung

Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzsituation der Stadt und der neuen Steuergesetzgebung zum Querverbund soll geprüft werden, ob das Röthelheimbad und das Freibad West ebenso wie das Hallenbad Frankenhof mit steuerlicher Wirkung von der ESTW übernommen werden können. Für diese „Spezialaufgabe“ der steuerlichen Beratung ist die Einbindung von externem Fachwissen zwingend erforderlich.

In Form eines Gutachtens sollen zunächst die möglichen Übertragungsvarianten (Verkauf, Ausgliederung oder Verpachtung) auf ihre jeweiligen steuerlichen Vor- und Nachteile geprüft werden. Die steuerlichen Aspekte beziehen sich auf Ertragssteuern sowie Grundsteuer und Umsatzsteuer. Neben der steuerlichen Machbarkeit wird auch die betriebswirtschaftlich sinnvollste Lösung gesucht.

Inkl. der Mehrwertsteuer beläuft sich das maximale Beraterhonorar, das nach Stunden abgerechnet wird, auf 25.000 Euro.

Auf die Mitteilung zur Kenntnis im nichtöffentlichen Teil wird verwiesen.

**Anlagen:**

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:  
Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

IP-Nr. -/-	Kostenstelle [200090)	Produkt 1113 Finanzmanagement	<b>25.000,-- €</b> für Sachkonto [543222 Aufwand f. sonst. Beratungsleistung)
------------	-----------------------	----------------------------------	--

Die Deckung erfolgt durch Einsparung

IP-Nr. [	Kostenstelle [201090	in Höhe von Produkt [61211020 sonst. allgem. Finanzwirtschaft)	<b>25.000,-- €</b> bei Sachkonto [551701 Zinsaufwand)
IP-Nr. [	Kostenstelle	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto
IP-Nr. [	Kostenstelle [	und in Höhe von Produkt [	€ bei Sachkonto [

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Beugel

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

II/20

II/044/2010

**TOP: 16**

**Weiterentwicklung der Arbeitsprogramme;  
hier: Stadtkämmerei (Amt 20)**

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Beschluss	angenommen mit Änderungen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

### I. Antrag

Dem beiliegenden Entwurf der Kämmerei zur Ausgestaltung der Position 6 des neuen Formulars „Arbeitsprogramme 2011“ wird zugestimmt.

### II. Begründung

#### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- Aufgabenstellung, Arbeitsplanung und Zielvorstellungen des Amtes zu Budget und Teilergebnishaushalt für das jeweilige Haushaltsplanaufstellungsverfahren schriftlich konkretisieren.

- Informationen für den Stadtrat und seine Ausschüsse zu Detailfragen bereitstellen, die im – doppelten – Haushalt nicht darstellbar sind.

#### 2. Prozesse/ Strukturen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Individuelle Abstimmung der Position 6 des Arbeitsprogrammes hinsichtlich des erwarteten Informationsbedarfs mit dem Haupt-, Finanz- und Personalausschuss.

**Anlagen: Entwurf der Kämmerei zu Position 6 des neuen Formulars Arbeitsprogramm 2011**

### III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

#### **Beschluss:**

Das Arbeitsprogramm der Stadtkämmerei soll abweichend von beigefügtem Entwurf zusätzliche Informationen enthalten. Diese werden im Protokollvermerk zur heutigen Sitzung aufgelistet.

#### **Protokollvermerk:**

Die Stadtkämmerei wird um eine nähere Beschreibung des Schwerpunktes Arbeit und Ausbildung gebeten.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Beugel

Berichterstatter/in

### IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

II/WA

II/045/2010

TOP: 17

### Zukünftige Entwicklung des Medical Valley Europäische Metropolregion Nürnberg

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

OBM, Amt 13/Herr Schmitt

#### I. Antrag

1. Der Medical Valley EMN e. V. erhält für das Jahr 2010 einen Zuschuss in Höhe von 40.000 Euro für die Etablierung von nachhaltigen Clustermanagement-Strukturen, die für die organisatorische Umsetzung des Wettbewerbsbeitrages und die Ausschüttung der damit verbundenen Fördermittel des BMBF zwingend notwendig sind.
2. Die Stadt schließt mit dem Medical Valley EMN e. V. einen Geschäftsbesorgungsvertrag über die Durchführung von Netzwerkaktivitäten im Medizin- und Gesundheitsbereich, wie sie bisher durch einen städtischen Mitarbeiter als Geschäftsführer der Kompetenzinitiative Medizin-Pharma-Gesundheit betrieben wurden. Der Verein erhält hierfür eine Kostenpauschale in Höhe von 25.000 Euro. Der Vertrag wird auf das Jahr 2010 befristet.
3. Der Mitgliedschaft der Stadt Erlangen im Medical Valley EMN e.V. wird zugestimmt. Soweit die Stadt Zuschüsse an den Verein leistet, beinhalten diese den jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1.000 Euro.

#### II. Begründung

##### 1. Vorbemerkung zum Medical Valley EMN e.V.

Das **Medical Valley Europäische Metropolregion Nürnberg** gehört zu den innovativsten und wirtschaftlich stärksten Medizintechnikclustern weltweit. Auf regional dichtestem Raum findet sich hier ein kreatives, wirtschaftlich orientiertes Milieu, dessen Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesundheitsversorgung, aus dem Finanzwesen und der Politik sich zwei gemeinsame Ziele gegeben haben:

- nur solche Produkte, Dienstleistungen und Lösungen zu entwickeln, die einen Beitrag zur Effektivität und Effizienz der Gesundheitsversorgung leisten und
- die Europäische Metropolregion Nürnberg zu einer Modellregion für eine optimale Gesundheitsversorgung zu entwickeln

Der **Verein „Medical Valley EMN e. V.“** integriert die Partner in ein gemeinsames, interaktives Netzwerk. Die Akteure bündeln im Verein strategisch das regionale Potenzial, um die besten Angebote zur Gesundheitsversorgung unserer Bürger vor Ort und für den globalen Markt zu entwickeln.

Mit inzwischen nahezu 100 Mitgliedern repräsentiert der Verein ein breites Spektrum von Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesundheitsversorgung.

Erster Vorsitzender des Vereins ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende von Siemens Medical Solutions (nunmehr Siemens Healthcare), Herr Prof. Dr.-Ing. Erich R. Reinhardt. Stellvertreter ist der Rektor der FAU Erlangen-Nürnberg, Herr Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske. Zweiter stellvertretender Vorsitzender ist Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis.

Für ausführliche Informationen wird auf die Homepage des Medical Valley EMN e.V. (siehe Link unter [www.medical-valley-emn.de](http://www.medical-valley-emn.de)) verwiesen.

## **2. Entwicklung „Medical Valley“ ab 2004 bis heute unter Einbindung der Stadt Erlangen**

Die verwaltungsinterne Koordination und Abwicklung im Zusammenhang mit dem Medical Valley erfolgte bis Ende des Jahres 2009 durch die Amtsleitung des Bürgermeister- und Presseamtes. Diese organisatorische Zuständigkeit ergab sich u. a. aus der stellenplanmäßigen Zuordnung von Herrn Dr. Heydrich, dem ehemaligen Geschäftsführer der Kompetenzinitiative Medizin-Pharma-Gesundheit. Seit 2010 fungiert Ref. II/WA als Verbindungsstelle zum Medical Valley EMN e.V.

Bereits am 05.05.2004 wurde im Ältestenrat berichtet, dass die Zusammenarbeit zwischen Universität, Siemens AG und Stadt Erlangen verbessert werden und über den Kanzler der Universität eine Geschäftsführung zur Koordination im Medical Valley-Beirat etabliert werden soll. Vor diesem Hintergrund hat der Haupt- Finanz- und Personalausschuss am 22.09.2004 einstimmig beschlossen, dass sich die Stadt Erlangen mit einem Personalkostenzuschuss von jährlich 15.000 Euro beteiligt und eine gemeinsame Vereinbarung mit der Universität und der Siemens AG abschließt. Die Geschäftsführerin war vom 01.01.2005 bis 31.01.2009 tätig.

In den Jahren 2005 bis 2009 hat die Stadt Erlangen Zuschüsse in Höhe von insgesamt 143.833,83 Euro geleistet. Dabei wurden die Beträge bzw. Personalkostenzuschüsse in den einzelnen Jahren im Budget des Bürgermeister- und Presseamtes im Rahmen der Haushaltsaufstellung veranschlagt und bereit gestellt. Der Verwendungsnachweis für 2009 wird nach der Wirtschaftsprüfung und Vorlage noch von Amt 13 geprüft.

## **3. Medical Valley wird Spitzencluster – Grandioser Erfolg für "Exzellenzzentrum Medizintechnik"**

Im **Spitzencluster-Wettbewerb** des Bundesforschungsministeriums (BMBF) hat sich das Medical Valley EMN (Europäische Metropolregion Nürnberg) -mit Unterstützung durch die Erlangen AG- mit seinem Antrag "Exzellenzzentrum für Medizintechnik" in einem hochkarätigen Feld von Mitbewerbern durchgesetzt. Bis zu **40 Millionen Euro** beträgt die **Fördersumme** des BMBF. Mit diesem Erfolg fließen in der Metropolregion mehr als 80 Millionen Euro in Projekte von Industrieunternehmen und deren Forschungspartnern, um die Entwicklung innovativer

Technologien, Produkte und Dienstleistungen zu ermöglichen, die die Gesundheitsversorgung deutlich verbessern werden. Damit werden auch Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie unterstützt ebenfalls die strategische Weiterentwicklung des Medical Valley EMN zu einem internationalen Spitzencluster und ist an der nachhaltigen Förderung beteiligt.

Die Juroren haben als besondere Stärke der Clusterinitiative die enge Vernetzung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie die Innovationskraft der mittelständigen Unternehmen erkannt. Eine herausgehobene Position und Ankerfunktion im Cluster hat Siemens Healthcare mit einer Reihe von Projekten im Bereich der Bildgebenden Diagnostik.

Der Erfolg des „Exzellenzzentrum für Medizintechnik“ ist ein gutes Beispiel dafür, wie durch partnerschaftliche und vertrauensvolle Bündelung von Kräften eine technologische Spitzenstellung erreicht und ausgebaut werden kann. In insgesamt 43 Projekten sind Unternehmen, universitäre und außeruniversitäre Forschungsinstitutionen und Gesundheitsversorger in den Bereichen Bildgebende Diagnostik, Intelligente Sensorik, Therapiesysteme und Augenheilkunde aus der gesamten Europäischen Metropolregion Nürnberg vertreten. Besonders hervorzuheben ist, dass an 22 Projekten kleine und mittlere Unternehmen maßgeblich beteiligt sind.

Das Zentrum dieses Spitzenclusters, aus dem über 75 % der Clusterpartner kommen, ist der **Standort Erlangen**.

#### **4. Künftige Ausrichtung des Medical Valley EMN e. V.**

Um die Ausschüttung der oben erwähnten 40 Mio. Euro Fördermittel des BMBF bis 2015 (Förderzeitraum) zu gewährleisten, ist die Etablierung von nachhaltigen Clustermanagement-Strukturen zwingend notwendig. Diese Clustermanagement-Strukturen sind derzeit noch zuschussbedürftig, da eine komplette Refinanzierung über Mitgliedseinnahmen des Medical Valley EMN e.V. nicht möglich ist. Mit der Durchführung und der Umsetzung der Strategie sind im Verein 7 Personen beschäftigt.

Der Verein beantragt für das Jahr 2010 einen städtischen Zuschuss in Höhe von 40.000 Euro zur Absicherung der Basisfinanzierung. Siemens Healthcare wird sich ebenfalls mit 40.000 Euro beteiligen. Die Friedrich-Alexander-Universität und das Universitätsklinikum tragen jeweils 20.000 Euro zur organisatorischen Stärkung und zur Projektabwicklung bei.

Mit HFPA-Beschluss vom 10./11.02.2010 im Rahmen der Haushaltsberatungen 2010 wurden der Übergang von Haushaltsmitteln in Höhe von 65.000 Euro von Amt 13 an die Abteilung „Wirtschaftsförderung und Arbeit“ beschlossen. Seit 2010 fungiert sie als Verbindungsstelle zum Medical Valley EMN e. V., weil sie diese Funktion auch für die Erlangen AG inne hat und zwischen Medical Valley EMN e. V. und Erlangen AG enge personelle und inhaltliche Verflechtungen bestehen. Dieser Mittelübergang war mit einer korrespondierenden Sach- und Personalkostenkürzung bei Amt 13 verbunden.

Aus diesen Haushaltsmitteln von insgesamt 65.000 € kann der beantragte Zuschuss von 40.000 Euro bezahlt werden.

## 5. Weitere Netzwerkaktivitäten des Medical Valley EMN e. V.

Neben den Aktivitäten im Rahmen der organisatorischen Umsetzung des Wettbewerbsbeitrages leistet der Medical Valley EMN e.V. weiterhin Netzwerkarbeit für alle in der Europäischen Metropolregion Nürnberg angesiedelten Akteure im Bereich Medizin, Pharma und Gesundheit. Hierbei werden auch Aktivitäten der früheren Kompetenzinitiative Medizin-Pharma-Gesundheit fortgeführt. Hierzu gehören u. a. die bewährten Branchendialoge als Kontaktbörse, Unternehmerstammtische zur Vertiefung von Projektideen, die Überführung der Datenbankkontakte der Kompetenzinitiative, die Verwaltung der Internetpräsenzen sowie weitere Aktivitäten, einschließlich der Beteiligung an weiteren Wettbewerben.

Da der damit verbundene Aufwand nicht aus den Eigenmitteln des Vereins finanziert werden kann, soll ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen Stadt und Verein abgeschlossen werden. Der Vertrag wird auf das Jahr 2010 befristet. Der Verein erhält eine Kostenpauschale in Höhe von 25.000 Euro.

Diese kann neben dem Zuschuss zur Etablierung nachhaltiger Clustermanagement-Strukturen aus den oben dargestellten Haushaltsmitteln von 65.000 Euro finanziert werden.

## 6. Mitgliedschaft der Stadt Erlangen im Medical Valley EMN e.V.

Oberbürgermeister Dr. Balleis war in seiner Funktion als Vertreter der Stadt Erlangen Gründungsmitglied des Medical Valley Bayern e.V., der inzwischen in Medical Valley EMN e.V. umbenannt wurde. Von Anbeginn an war Oberbürgermeister Dr. Balleis Vorstandsmitglied, derzeit ist er zweiter stellvertretender Vorsitzender.

Bei der Vereinsgründung 2007 wurde über die Mitgliedschaft der Stadt Erlangen kein Beschluss des HFPA herbeigeführt.

Da im Medical Valley EMN e.V. alle wichtigen Akteure des Medizin- und Gesundheitsbereiches unserer Region zusammenarbeiten, ist es erforderlich, dass auch die Stadt Vereinsmitglied ist und der Vertreter der Stadt in maßgeblicher Funktion die weitere Entwicklung mitgestalten kann. Der HFPA wird deshalb gebeten, nachträglich die Mitgliedschaft der Stadt Erlangen im jetzigen Medical Valley EMN e.V. zu beschließen.

### Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten: Förderung für laufende Zwecke	65.000 €	bei Sachkonto: 531701
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr. bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk 531701
- sind nicht vorhanden

**Anlagen:**

III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

**Beschluss:**

1. Der Medical Valley EMN e. V. erhält für das Jahr 2010 einen Zuschuss in Höhe von 40.000 Euro für die Etablierung von nachhaltigen Clustermanagement-Strukturen, die für die organisatorische Umsetzung des Wettbewerbsbeitrages und die Ausschüttung der damit verbundenen Fördermittel des BMBF zwingend notwendig sind.
2. Die Stadt schließt mit dem Medical Valley EMN e. V. einen Geschäftsbesorgungsvertrag über die Durchführung von Netzwerkaktivitäten im Medizin- und Gesundheitsbereich, wie sie bisher durch einen städtischen Mitarbeiter als Geschäftsführer der Kompetenzinitiative Medizin-Pharma-Gesundheit betrieben wurden. Der Verein erhält hierfür eine Kostenpauschale in Höhe von 25.000 Euro. Der Vertrag wird auf das Jahr 2010 befristet.
3. Der Mitgliedschaft der Stadt Erlangen im Medical Valley EMN e.V. wird zugestimmt. Soweit die Stadt Zuschüsse an den Verein leistet, beinhalten diese den jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1.000 Euro.

**Protokollvermerk:**

Herr StR Dr. Janik regt an, das Thema „Erlangen AG“ im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss nach der Sommerpause zu behandeln. Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt einen Bericht für die Sitzung im September zu.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Beugel

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

II

II/046/2010

TOP: 18

### Entwicklung der Arbeitsplatzsituation der Siemens AG am Standort Erlangen; SPD-Fraktionsantrag Nr. 011/2010 vom 02.02.2010

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

#### I. Antrag

Der mündliche Vortrag von Herrn Prof. Russwurm, Mitglied des Vorstands der Siemens AG, in der Stadtratssitzung am 19. Mai 2010 diente zur Kenntnis. Die gegebenen Informationen und der SPD-Fraktionsantrag werden im Ausschuss diskutiert.

Der SPD-Fraktionsantrag Nr. 011/2010 vom 02.02.2010 ist damit erledigt.

#### II. Begründung

**Anlagen: SPD-Fraktionsantrag Nr. 011/2010 vom 02.02.2010**

#### III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

##### **Beschluss:**

Der mündliche Vortrag von Herrn Prof. Russwurm, Mitglied des Vorstands der Siemens AG, in der Stadtratssitzung am 19. Mai 2010 diente zur Kenntnis. Die gegebenen Informationen und der SPD-Fraktionsantrag werden im Ausschuss diskutiert.

Der SPD-Fraktionsantrag Nr. 011/2010 vom 02.02.2010 ist damit erledigt.

**Protokollvermerk:**

Herr StR Dr. Janik stellt die Frage, wie weiter mit dem Thema umgegangen wird.

Der Vorsitzende OBM Dr. Balleis sagt zu, dass der Stadtrat über den Inhalt der Gespräche mit der Firma Siemens in nichtöffentlicher Sitzung unterrichtet wird. Der nächste Bericht wird im Oktober erfolgen.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

Vorsitzende/r

gez. Beugel

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

III/31/LRD-2782

31/034/2010

**TOP: 19**

### **Antrag auf Förderung der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

<b>Beratung</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>	<b>Vorlagenart</b>	<b>Abstimmung</b>
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö	Gutachten	vertagt

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

III, VI, 20, 24, 31, 61

#### **I. Antrag**

Die Stadt Erlangen stellt über die Forschungszentrum Jülich GmbH beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit einen Antrag auf „Förderung der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten“.

#### **II. Begründung**

##### **1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die beschlossenen Erlanger Energie- und Klimaschutzkonzepte sollen auch in den nächsten Jahren fortgeführt werden.

Im Ergebnis des Prozesses zur „Wirkungsorientierte Haushaltskonsolidierung in der Stadt Erlangen“ mit dem die KGSt im Jahr 2009 beauftragt war, wurde festgestellt, dass Einsparungen im existierenden Personalumfang (eine Stelle) im Bereich Koordinierung von Klimaschutz und Energiefragen nicht zu empfehlen sind.

##### **2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Ein strategischer Schwerpunkt der nationalen Klimaschutzinitiative ist die Förderung von Klimaschutz in Kommunen.

Die Förderung von Klimaschutzprojekten nach der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ der Nationalen Klimaschutzinitiative wird sehr stark nachgefragt. Sie trifft bestehenden Bedarf und regt Investitionen und Wertschöpfung vor Ort an. Die Antragszahlen steigen seit 2009 kontinuierlich und übertreffen die Erwartungen des Bundesumweltministeriums bei weitem. Der Deutsche

Bundestag hat im Bundeshaushalt 2010 den Haushaltstitel, aus dem die Nationale Klimaschutzinitiative finanziert wird, gekürzt und mit einer qualifizierten Haushaltssperre belegt. Für das Jahr 2010 können daher keine weiteren Projekte bewilligt werden.

Die Förderung von Klimaschutzprojekten nach der Richtlinie wird jedoch ab dem Jahr 2011 fortgeführt.

Anträge für das Jahr 2011 können ab dem 1. Oktober 2010 eingereicht werden.

Bei der Umsetzung von bereits erstellten Klimaschutzkonzepten oder Teilkonzepten kann die beratende Begleitung gefördert werden. Dazu gehören inhaltliche Zuarbeiten, fachliche Beratungstätigkeiten sowie Informations-, Schulungs- und Vernetzungsaktivitäten. Die Umsetzung der Konzepte sowie die notwendigen Investitionen liegen in der Verantwortung der Antragsteller. Wichtige Voraussetzungen für die Förderung sind die Vorlage eines Konzeptes, das nicht älter als 3 Jahre ist sowie ein Umsetzungsbeschluss des obersten Entscheidungsgremiums. Diese sind bei der Stadt Erlangen erfüllt.

Förderfähig sind Sach- und Personalkosten von Fachpersonal, das im Rahmen des Projektes zusätzlich eingestellt wird ("Klimaschutzmanager"). Es werden Zuschüsse in Höhe von bis zu 70 % gewährt.

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Im Zeitraum der Förderung, maximal 3 Jahre, werden die laufenden Klimaschutzinitiativen weiterentwickelt und an die aktuellen Entwicklungen und den Bedarf angepasst. Externe Akteure werden beraten und unterstützt.

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Das BMU fördert Sach- und Personalkosten von Personal, das im Rahmen des Projektes für eine Dauer von bis zu 3 Jahren zusätzlich eingestellt wird.

Bei Eingruppierung der Stelle in EG 12 und einem Fördersatz von 70 % muss die Stadt Erlangen durchschnittlich 20.000 € Eigenmittel jährlich aufbringen.

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	ca. 20.000 €	bei Sachkonto:
Folgekosten für zwei Jahre	ca. 40.000€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel sind auf IPNr.:                      bzw. im Budget vorhanden!

- Anlagen**      Anlage 1: Fördergrundsätze, Aufgaben  
                  Anlage 2: Übersicht bisherige Klimaschutzaktivitäten, Fortschreibungen

### III. Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

#### **Protokollvermerk:**

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt (zunächst Behandlung in den Fraktionen und im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss).

gez. Lohwasser  
Vorsitzende/r

gez. Wüstner  
Berichterstatte/r

### IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**TOP: 20**

**Anfragen**

<b>Beratung</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>	<b>Vorlagenart</b>	<b>Abstimmung</b>
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	23.06.2010	Ö		

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 23.06.2010

**Protokollvermerk:**

Herr StR Janik fragt an, ob eine grundsätzliche Klärung darüber herbeigeführt werden könnte, dass am Beispiel des Sozialamtes eine Kostenverrechnung durch GME und eGov für die Einrichtung von Arbeitsplätzen für neue Mitarbeiter durchgeführt wird, obwohl hierfür keine Mittel in den Budgets vorgesehen sind.

Herr Ternes teilt mit, dass es sich lediglich um ein Übergangsproblem mit einem im Fall des Sozialamtes geringen Betrag in Höhe von 151 € handelt. Künftig wird dies bei den Haushaltsberatungen berücksichtigt.

gez. Dr. Balleis  
Vorsitzende/r

gez. Friedel  
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Sitzungsende am 23.06.2010, 18:15 Uhr

Die Vorsitzenden:

.....  
Oberbürgermeister  
Dr. Balleis

.....  
Bürgermeister  
Lohwasser

Der Schriftführer:

.....  
Friedel

**Kenntnis genommen**

**Für die CSU:**

**Für die SPD:**

**Für die Grüne Liste:**

**Für die FDP:**

**Für die Erlanger Linke:**

**Für die ÖDP:**

**Für die FWG:**

---